Stadt Cottbus / město Chósebuz Der Oberbürgermeister



Vorlagen-Nr.			
StVV	IV-110/07		
НА			

Geschäftsbereich: IV Fach	nbereich:	61	Termin der Tagung:	28.11.07			
Vorlage zur Entscheidung							
☐ durch den Hauptausschuss ☐ öffentlich							
Beratungsfolge:	Datum			Datum			
Datum Dienstberatung Rathausspitze 16.10.07 Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh. Umwelt Umwelt Datum Dat							
Frank Szymanski							
Beratungsergebnis des HA/der StVV:		Beschluss-Nr.:					
	menmeh	rheit	Tagung am: TOP: Anzahl der Ja -Stimmen:				
☐ laut Beschlussvorschlag		Anzahl der Nein -Stimmen:					
mit Veränderungen (siehe Niederschrift)		Anzahl der Stimmenthaltungen :					

Vorlagen-Nr.: IV-110/07

Problembeschreibung/Begründung:

Im Jahre 2003 führte die Stadt Cottbus den Ausbau der Grenzstraße/Sielower Grenzstraße in dem Bereich von der Sielower Chaussee bis zum Abzweig Cottbuser Straße/Sielower Weg durch. Zum beitragsfähigen Aufwand zählen die Kosten der Fahrbahn, des Gehweges, der Straßenbeleuchtung, der Oberflächenentwässerung und der unselbständigen Grünanlagen. Die letzte protokollarisch festgehaltene Bauabnahme der Maßnahme fand am 18.12.2003 statt.

Im Jahr 2003 erhob die Stadt Cottbus für diese Maßnahmen Vorausleistungen in Höhe von insgesamt vierzig Prozent des damals voraussichtlich umlagefähigen Gesamtaufwandes.

Die sachliche Beitragspflicht der Kosten für die o. g. Anlage ist mit der Abnahme der letzten Baumaßnahme dieses Abschnitts am 18.12.2003 entstanden.

Dieser Zeitpunkt fällt in den Geltungsbereich der am 28.12.2002 veröffentlichten allgemeinen Straßenbaubeitragssatzung der Stadt Cottbus. Diese und die Vorgängersatzungen scheiden als Rechtsgrundlage für die Beitragserhebung aus, da sie – wie bereits mehrfach seitens des Verwaltungsgerichtes Cottbus festgestellt – nicht wirksam bekannt gemacht wurden. Zu dem Zeitpunkt des Erlasses dieser allgemeinen Straßenbaubeitragssatzungen existierte für die Stadt Cottbus jeweils keine wirksame Hauptsatzung und damit keine gültige Regelung über die Bekanntmachungsform. Deshalb waren auch die Bekanntmachungen der oben genannten allgemeinen Straßenbaubeitragssatzungen der Stadt Cottbus unwirksam und diese Satzungen nichtig.

Die allgemeine Straßenbaubeitragssatzung der Stadt Cottbus vom 01.03.2005 kann keine Ermächtigungsgrundlage bilden, da sie nur bis zum 01.07.2004 zurückwirkt und damit den Zeitpunkt der sachlichen Beitragsplicht am 18.12.2003 nicht umfasst. Erst recht gilt dies für die am 27.06.2007 beschlossene und derzeit gültige allgemeine Straßenbaubeitragssatzung der Stadt Cottbus, welche erst am 02.09.2007 in Kraft getreten ist.

Da weitere Ermächtigungsgrundlagen für die oben genannte Maßnahme nicht in Betracht kommen, ist der Erlass der vorliegenden Einzelsatzung erforderlich. Diese hat entsprechend dem Mindestinhaltsgebot des hier einschlägigen § 2 Abs. 1 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Brandenburg alter Fassung den Satz der Abgabe zu enthalten, da die Anlage zum jetzigen Zeitpunkt abrechenbar und der Aufwand der Maßnahme an der Grenzstraße/Sielower Grenzstraße in dem Bereich von der Sielower Chaussee bis zum Abzweig Cottbuser Straße/Sielower Weg bezifferbar ist. Die beitragsfähigen Kosten betragen insgesamt 291.212,62 €

Ohne den Erlass der vorliegenden, auf den 01.11.2003 rückwirkenden Einzelsatzung mit einem Beitragssatz in Höhe von 4,28386079 € pro m² würde die Stadt Cottbus Einnahmen in Höhe von 145.867,80 € verlieren.

Finanzielle Auswirkungen:	⊠ Ja	☐ Nein
1. Gesamtkosten:		
Einnahmen: 145.867,80 €		
2. Sicherstellung der Finanzierung:		
3. Folgekosten:		
keine		